

Finanzplatz Schweiz : wie weiter?

Autor(en): **Hummler, Konrad**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165940>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Konrad Hummler ist Mitinhaber der Bank Wegelin & Co. und Präsident der Gesellschaft Schweizer Monatshefte.

FINANZPLATZ SCHWEIZ – WIE WEITER?

Der Finanzplatz Schweiz steht weiterhin unter Druck. Die sogenannte Globallösung, d. h. der Grossbanken-Deal mit den US-Sammelklägern, lässt zwar eine gewisse Entspannung erhoffen, aber wer erwartet, dass dadurch wirklich alle seit dem Zweiten Weltkrieg aufgestauten Probleme global vom Tisch seien, unterliegt wohl einer gefährlichen Täuschung. Unser Land hat es nach der Wende von 1989 unterlassen, eine Strategiediskussion mit der Frage «Wie weiter?» zu führen, d. h. über die Chancen und Risiken nachzudenken, die in einer Welt gegeben sind, welche die Schweiz nicht mehr unbedingt als Stabilitätshort benötigt. Man ist zwar nach wie vor reich, aber dies wird zunehmend zur eigentlichen Bedrohung. Worin besteht der Konflikt? Spätestens seit den Sammelklagen wissen wir es: Das Zielobjekt unserer Ankläger ist Geld, Geld, das vorerst gar nicht an berechnete Personen, sondern an Institutionen fließen soll, die sich selbst legitimiert haben.

Die im Deal von New York zugesicherten Gelder werden global nicht alle Forderungen und Begehlichkeiten befriedigen können. Man möchte nämlich letztlich an den ganz grossen Topf herankommen. Das schweizerische Bankgeheimnis ist deshalb unter Druck. Die OECD verlangt von der Schweiz die Öffnung des Bankgeheimnisses in fiskalischen Angelegenheiten. Abgesehen von diesem braucht es aber überhaupt kein Bankgeheimnis mehr. Es ist bekannt, dass namentlich die amerikanische Regierung hinter dieser Initiative der OECD steckt. Ein Teil der Schützenhilfe für die Sammelklagen aus New York lässt sich mit Sicherheit ebenfalls mit dem Angriffsziel «Bankgeheimnis» erklären.

Aus der Geschichte kennt man den Typus eines plötzlichen und konzertierten Angriffs auf eine Gruppe von Menschen, die weitgehend wehrlos sind, aber kraft ihrer Besonderheit und ihres Fleisses einigen Reichtum in ihrem Eigenbereich angesammelt haben. Die Geschichte lehrt im übrigen auch, dass es zu keiner Zeit an Legitimationen gefehlt hat, solchen Reichtum zu enteignen. Die Einkreisung und Unter-Drucksetzung der Schweiz ist dadurch gekennzeichnet, dass dem Opfer nichts anderes übrig bleibt, als zu opfern.

Die jüngste Entwicklung beschleunigt für das Land Schweiz einen Prozess, der sonst entweder viel länger gedauert hätte oder der überhaupt nie zu Ende gebracht worden wäre. Was Amerika gegen uns gewähren liess, treibt die Schweiz letztlich in die Arme

der EU. Die einzig wichtige Frage besteht unsres Erachtens nur noch darin, unter welchen Konditionen eine solche Annäherung stattfinden kann und wird.

Dabei werden weder das Personenverkehrs- noch das Verkehrsdossier im Vordergrund stehen. Die wichtigere Frage ist, inwiefern es der Schweiz gelingt, ihre besondere Stellung als wichtigster *Off-Shore*-Platz der Welt und damit auch den Finanzplatz Schweiz zu retten. Ob es in Zukunft noch einen Schweizerfranken gibt und welchen Vorzug er gegenüber dem Euro haben wird, hängt eng mit der Beantwortung dieser Frage zusammen. Wir interpretieren nämlich den Zinsvorteil unserer Landeswährung im Sinne eines Bonus, der für die höhere Kreditwürdigkeit der Schweiz gewährt wird. Und diese Kreditwürdigkeit wiederum steht in direktem Zusammenhang mit dem grossen Geldtopf der verwalteten Vermögenswerte. Denn diese sind ja nicht einfach tote Materie, sondern tragen in sehr markanter Weise zur hiesigen Wertschöpfung bei.

Mit dem *Off-Shore*-Geschäft wird immer eine ethische Komponente zusammenhängen. Denn das Nichtbezahlen von Steuern mag im einen Fall absolut unethisch, im Fall konfiskatorisch hoher Steuersätze aber eine moralische Pflicht zum Schutze des Eigentums und zur Verhinderung des Abflusses ehrlich verdienter Mittel in den Sumpf korrupter und gefrässiger Staatstätigkeit sein. Analog kann das Bankgeheimnis im einen Fall höchst problematisch, im andern Fall absolut notwendig sein.

Die Schweiz wird im Zuge der Annäherung an die EU nicht darum herumkommen, diese ethische Frage des Bankgeheimnisses anzugehen. Eine Antwort an die OECD, die eine Öffnung des Bankgeheimnisses beispielsweise an die Staatsquote des nachsuchenden Landes knüpfen würde, brächte das Ansinnen vermutlich bald zum Stehen. Die Öffnung des Bankgeheimnisses für jene Staaten, deren Staatsquote unter der konfiskatorischen Grenze von, sagen wir, 30 Prozent liegt – wer könnte schon etwas dagegen haben? Die OECD nicht, weil sie ja schon seit Jahr und Tag für tiefere Staatsquoten kämpft. Der Finanzplatz Schweiz auch nicht, weil es ja kaum Länder mit tieferer Staatsquote gibt und weil, wenn schon, solche Länder auch keine fiskalischen Investitionen lancieren. – Vielleicht bräuchte es in der nächsten Zeit den Mut zu ein paar entschlossenen, zielbewussten Befreiungsschlägen. ♦

Ulrich Pfister

UNVERSTANDENE STÄDTE

Grosse Schweizer Städte klagen, sie fänden in der eidgenössischen Politik zu wenig Verständnis. Tatsächlich haben sie im Vergleich mit anderen Interessengruppen kaum eine Lobby, und betrachtet man die Delegation der in den Stadtgemeinden wohnenden Räte, so fällt nicht nur ihr eher bescheidener Anteil, sondern vor allem die einseitige parteipolitische Zusammensetzung auf. Die Sozialdemokraten stellen vier Fünftel der Abordnung aus den vier grössten Städten. Das passt natürlich ins etwas verzerrte Bild von links-grün regierten Städten, die an Misswirtschaft, hohen Steuersätzen und Abwanderung guter Steuerzahler selbst schuld seien. Im Kanton Zürich, wo sich das Problem Stadt für die Schweiz exemplarisch stellt, tastet man sich daher sehr vorsichtig an das heisse Eisen Lastenausgleich heran. Das bürgerliche Zürich, das sich am Sechsläuten so stolz in Szene setzt, hat in der Politik sein Selbstvertrauen weitgehend verloren. Die Landschaft und ihre volkstümelnden Wortführer in der Stadt haben derzeit Oberhand.

Wie anders sehen Nichtzürcher, etwa im Westen oder im Süden, die Wirtschaftsmetropole! Die Stadt ist das pulsierende Zentrum, ein Anziehungspunkt in jeder Hinsicht. Wo die Manager, die Kaderleute, die Angestellten und Arbeiter wohnen, ist zufällig und nicht von Belang – in der Agglomeration gibt es für alle Bedürfnisse etwas Geeignetes. Und neidvoll blickt man auf die reiche Region, die aus erster, zweiter oder dritter Hand von diesem Zentrum lebt. Wie sich der Reichtum verteilt und in den öffentlichen Haushalten niederschlägt, erscheint ebenfalls zufällig und ist für den Aussenstehenden nicht relevant.

Diese Sicht ist zweifellos näher bei der Realität als das seltsame Stadt-Land-Klischee, das in den Köpfen vieler mobiler Schweizer herumspukt, die in der Stadt arbeiten, höhere Schulen besuchen, Kultur-, Unterhaltungs- und Sportangebote nutzen, in der Agglomeration «ländlich» wohnen, in Dorfvereinen mittun und allenfalls an Gemeindeversammlungen politisieren und Wochenenden und Ferien in den Bergen oder am Meer verbringen. Welches Sein be-

stimmt hier das – politische – Bewusstsein, an welchen Problemen des öffentlichen Lebens nimmt man Anteil? Es ist bequem, den städtischen Behörden die Leviten zu lesen, weil sie für die nicht nur von den Ansässigen verlangten Dienstleistungen einen hohen Aufwand betreiben, weil sie professionelle Strukturen benötigen, wo in übersichtlichen Verhältnissen noch Milizfunktionen möglich sind, oder weil sie für die sozialen Probleme geradezu verantwortlich gemacht werden, die sich vorwiegend in Zentren ansammeln.

Die politische Organisation der Kantone hat sich der Siedlungsentwicklung in keiner Weise angepasst. Regionale Strukturen wurden oft erfolglos diskutiert. Bestenfalls wird es unter dem Druck der Verhältnisse vermehrt zu Gemeindezusammenlegungen kommen. Die Hitparade der Gemeindesteuersätze spiegelt eine verhängnisvolle Dynamik, ebenso wie auf eidgenössischer Ebene jene der Kantonssteuersätze. Die Mechanismen des Finanzausgleichs in bisheriger Form dürften diese Dynamik auf die Dauer nicht aushalten. Es zeichnet sich ab, dass es neben den an Überforderung leidenden Städten immer ausgeprägter nicht nur eine privilegierte florierende, sondern auch eine strukturell benachteiligte notleidende Landschaft geben wird.

Land gegen Stadt? Statt aufeinander einzuprügeln – im Unterschied zu früheren Jahrhunderten nur noch verbal –, müsste man auf beiden Seiten die Städte und ihr mehr oder weniger ländliches Umfeld als urbanes Ganzes betrachten. So wie die Bevölkerung der ganzen Region vom wirtschaftlich initiativen, leistungsstarken und attraktiven Zentrum nicht nur profitiert, sondern wesentlich lebt, so braucht die Stadt ihr Umfeld als besiedelte Nachbarschaft, als Markt, als Erholungsraum – und durchaus auch, was zwar niemand gern hört, um Standortvorteile für Begüterte wie exklusive Wohnlagen und günstige Steuern anbieten zu können. Aber gerade diese Oasen gibt es ja auch nur, weil es in der Nähe eine Stadt mit wirtschaftlicher und kultureller Ausstrahlung gibt. – Die Städte zu fördern ist eine vornehme, in jedem Sinn bereichernde Aufgabe des ganzen Landes. ♦